Basis der Gleichberechtigung erscheinen, denn den Glaubenssatz, daß die Einheit der Kirche zwar in Christus selber gegeben, nicht aber schon in der Geschichte in fortlaufender Identität verwirklicht worden sei (die Einheit wohlgemerkt, nicht ihre Fülle), diesen Glaubenssatz kann Rom eben nicht mitvollziehen, sowenig wie es die Orthodoxen tun. Und das sollte man dem Redaktor der vatikanischen Pressenotiz nicht verübeln, sondern vielmehr abwarten, wie eines Tages das von Kardinal Bea und seinen sicher sehr sachkundigen und seriösen Mitarbeitern entworfene Schema aussehen wird.

Die anglikanischen Beobachter für das Konzil

Weiter als vordergründige Polemik führen Taten des Aufeinanderzugehens. So hat, wie das Sekretariat des Kardinals Bea bestätigt, Erzbischof Ramsey von Canterbury als Vorsitzender der Lambeth-Konferenz seine nach Neu-Delhi erklärte Bereitschaft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 405) wahrgemacht und folgende drei Geistlichen mit der Aufgabe als "Beobachter-Delegierte" für das Zweite Vatikanische Konzil betraut: für die Kirche von England John R. H. Moorman, Bischof von Ripon, für die Protestantische Episkopalkirche der Vereinigten Staaten Dr. Frederick C. Grant, früherer Dekan des Theologischen Seminars von Seabury-Wesyern, und für die Kirche von Indien, Pakistan, Burma und Ceylon Charles H. W. de Soysa, Erzdiakon von Colombo. Es wurde ihnen zugesichert, daß sie sowohl an den öffentlichen Sessionen des Konzils wie an den geschlossenen Generalversammlungen teilnehmen dürfen. Über die internen Sitzungen der Kommissionen werden sie laufend in Konferenzen mit dem Sekretariat Bea unterrichtet, so daß diese Delegierten Gelegenheit haben, Mißdeutungen der Okumenischen Bewegung in den Schemata zu berichtigen.

## Aus der islamischen Welt

Gründung einer Nachdem König Saud von Saudimuslimischen Arabien anläßlich der letzten Pilger-Weltliga in Mekka fahrt die Gründung einer muslimischen Universität in Medina und die Bildung einer muslimischen Union bekanntgegeben hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 502), folgte zum Abschluß der diesjährigen Pilgerfahrt die Gründung einer muslimischen Weltliga. Das erklärte Ziel dieser Liga, in der sich nominell Vertreter aus 21 Staaten zusammenfanden, ist die Gründung einer muslimischen Weltunion, an der sich die Staatsoberhäupter aller muslimischen Staaten beteiligen sollen. Zentrum der Union soll Mekka sein. Zum Generalsekretär der Liga wurde Schech Muhammed el Sabban, der ehemalige Finanzminister Saudi-Arabiens, ernannt. Die politischen Nahziele, die König Saud mit der Gründung der Liga verfolgt, sind eindeutig gegen Ägypten, d. h. gegen Nasser, gerichtet, der besonders im letzten Jahr seine Angriffe gegen König Saud und seinen bisherigen Bundesgenossen, den Imam von Jemen, verstärkt hat. Zu einem gewissen Höhepunkt der persönlichen Auseinandersetzungen kam es, als König Saud den Umhang für die Kaaba in Mekka, die Kiswah, den seit der Mameluckenzeit die ägyptischen Pilger mitzubringen pflegen, in diesem Jahre zurückwies, angeblich wegen seiner schlechten Qualität, in Wirklichkeit aber eher, weil er den Namen des ägyptischen Staatsoberhauptes Nasser enthielt, dem Saud verständlicherweise keine unentgeltliche Werbefläche im Zentralheiligtum des Islams zur Verfügung stellen wollte. Auf diesen Affront reagierte Nasser mit der weiteren Konfiskation der Vermögenswerte saudiarabischer Bürger in Ägypten, darunter auch des nicht unbeträchtlichen Vermögens des Generalsekretärs der neuen Liga.

Die Resolution der Liga in Mekka zeigt eindeutig antinasseristische Züge: Die soziale Gerechtigkeit werde durch
den Islam und seine gerechten Gesetze in vollkommenster
Weise verwirklicht. Der Islam kenne keinen Klassenkampf, vielmehr seien alle Muslimen zur gegenseitigen
brüderlichen Unterstützung und zur Wohltätigkeit aufgerufen. Der Islam schütze die legitimen Rechte des Individuums, wende sich aber gegen die Anhäufung von
Reichtümern und gegen jede Monopolwirtschaft.

Weiter wird in dieser Resolution gefordert, die Palästinafrage durch Rückkehr der arabischen Flüchtlinge (usw.) zu lösen. Die Liga fordert u. a. den Abzug der UNTruppen von der Sinaihalbinsel und die Sperrung des Golfs von Akaba für israelische Schiffe. Diese Forderung kann nur einen Sinn haben, nämlich den, Nasser zu diskreditieren, denn ihre Verwirklichung würde Nasser zwangsläufig in einen Krieg mit Israel verwickeln. Saudi-Arabien selber hat bisher nichts unternommen, was die israelische Schiffahrt im Golf von Akaba behindern könnte.

Der interessanteste Punkt dieser Resolution ist eine Stellungnahme zur Situation der Muslimen in den kommunistischen Ländern: "Die Konferenz verurteilt aufs schärfste die barbarische Behandlung der muslimischen Minderheiten durch die kommunistischen Regierungen in deren Ländern, wo ihnen selbst die Ausübung ihrer Religion verwehrt wird. Die Konferenz beschwört die muslimischen Regierungen, keine Anstrengung zur Verteidigung der Rechte dieser Minderheiten zu scheuen und die kommunistischen Regierungen im Namen der Menschlichkeit zu einer Änderung ihrer Politik gegenüber den muslimischen Minderheiten aufzufordern . . . " (Zitat nach "L'Orient", 26. 5. 62).

Dieser Ton ist durchaus ungewohnt und neu. Es ist aber noch' nicht einmal wahrscheinlich, daß selbst Saudi-Arabien nun zum Vorkämpfer der muslimischen Minderheiten in der Sowjetunion werden wird. Immerhin wurde hier eine empfindliche Stelle Nassers entdeckt. Ob Saud oder die muslimische Weltliga allerdings geschickt genug sind, um Nasser (und indirekt auch Kassem) auf diese Weise Schwierigkeiten zu bereiten, ist äußerst fraglich. Deklarationen, Aufrufe oder Gutachten der religiösen Autoritäten haben sich in den letzten zehn Jahren für gewöhnlich als wirkungslos erwiesen. Sie fanden unter der Bevölkerung der arabischen Staaten immer nur das Echo, das ihnen die jeweiligen Regierungen zugestanden haben.